

Verantwortliche Redaktionen:
Dr. G. Auer, Dr. G. Auer, Dr. G. Auer
Dr. G. Auer, Dr. G. Auer, Dr. G. Auer
Dr. G. Auer, Dr. G. Auer, Dr. G. Auer
Dr. G. Auer, Dr. G. Auer, Dr. G. Auer

Verlagspreis: Die Abonnementpreise betragen für das Jahr 1921 12 Mark, für die halbjährige 6 Mark, für die vierteljährige 3 Mark. Bei den Abonnementpreisen sind die Postgebühren und die Steuern für den Abnehmer inbegriffen. Die Abnahme der Zeitungen erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst. Die Abnahme der Zeitungen erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst.

Nr. 141.

Montag, den 20. Juni 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

In einer Versammlung des deutschen Gewerkschaftsbundes in Essen hielt Reichsminister Dr. Brüning eine große Rede über unsere Lage. (S. 2. Spalte.)

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens richten erneut einen Hilferuf an die Entente.

Der Beschluß der Pariser Vorkonferenz über die Beschlagnahme deutscher Flugzeuge wird nunmehr von amtlicher deutscher Stelle bestätigt.

In Paris begannen am Sonnabend die Besprechungen der Ententevertreter über Orientfragen.

Die Pariser Verhandlungen.

Die Sitzung des Obersten Rates ist bis auf den Zeitpunkt verschoben worden, an dem äußerlich die Autorität der alliierten Mächte in Oberschlesien wiederhergestellt ist. Inzwischen aber ist man dabei, den Krieg, der sich zwischen England und Frankreich angeht hat, zu beenden und von französischer und englischer Seite ist man gleichzeitig bemüht, Brücken zu schlagen. Lord Curzon, dessen Vermittlerfähigkeit bekannt ist, ist nun von Lloyd George beauftragt worden, die englisch-französischen Gegensätze auszugleichen. Lord Curzon ist in Paris eingetroffen, um hier privat mit Briand zu verhandeln. Gegenstand der Verhandlungen bildet die orientalische und die oberschlesische Frage. England braucht französische Zugeständnisse in den Fragen des Orients, Frankreich braucht wegen seiner Verbindung mit Polen englische Zugeständnisse wegen Oberschlesiens. Die Möglichkeiten und die Gelegenheiten eines Ruhandels liegen also auf der Hand. Klar ist bei dem ganzen Geschäft nur das eine, daß das angestrebte Kompromiß auf unsere Kosten erfolgen wird. Das fait plah, das Lloyd George so tönend in die Welt rief, wird eben wieder einmal den englischen imperialistischen Interessen geopfert werden, und wir zweifeln gar nicht daran, daß Lloyd George schon eine Formel finden wird, um seinen Unfall, der sicher nicht der letzte sein wird, zu begründen. Der Temps bestreift uns durch seine Meinungen aber noch in der Auffassung, daß das politische Geschäft, das jetzt in Paris erstrebt wird, auf Kosten Deutschlands geht, denn gerade das ist höchst verdächtig, wenn der Temps meint, daß zwischen der oberschlesischen und der kleinasiatischen Frage keinerlei Beziehung bestehe und keinerlei Ausgleich am Platze sei. Die Idee eines Ruhandels sei der britischen Vohaltigkeit ebenso fremd wie der französischen Ehre. Das ist eine Vorbeugungsmaßnahme, die völlig verfehlt ist und die gerade die Aufmerksamkeit erst auf die merkwürdigen Pariser Verhandlungen lenken muß. Zudem melbet der Temps noch weiter, daß die italienische Regierung über den französisch-englischen Meinungsaustrausch auf dem Laufenden gehalten werde. Die Entscheidung über Oberschlesien wird also voraussichtlich in diesen Tagen gefällt werden, wenn die Einigung zustande kommt. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob das offizielle Schlußwort erst später unter den Paß gesetzt wird. Für uns und für die deutsche Regierung heißt es jetzt, die Augen offen halten. Wenn jetzt wieder, nach Annahme des Ultimatus, eine Entscheidung gefällt wird, die nicht nach den Grundfragen des Rechtes, sondern nach denen der englisch-französischen Politik zustande gekommen ist, so sind die Folgen unabweisbar. Eine solche Entscheidung würde weder den Interessen Polens nützen können, sie würde uns auch schwerste Schäden und würde in Oberschlesien zum völligen Zusammenbruch führen.

Die Politik von Wiesbaden.

Philippe Millet führt im Leitartikel des letzten Heftes der von ihm geleiteten Europe nouvelle aus, die Politik von Wiesbaden bedeute einen entscheidenden Schritt zur Organisierung des wirtschaftlichen Zusammenwirkens von Frankreich und Deutschland, das schon Mitte Dezember vorigen Jahres von den Anhängern des sogenannten Projektes Seydoux als Vorbedingung des französischen Wiederaufbaues bezeichnet wurde. Man sei zu dem Brüsseler Programm zurückgekehrt, wie es in der Note des Staatssekretärs Bergmann am 7. Januar d. J. überreicht wurde, formuliert sei. Voucheur und Rathenau seien anscheinend darüber einig gewesen, die Pläne vom letzten Winter noch zu erweitern. Rathenau habe eine völlige Umformung der deutschen Wirtschaft für notwendig und sei davon überzeugt, daß sie nur in Verbindung mit der Außenwelt möglich sei. Voucheur habe darauf erwidert, auch Frankreich müsse seine Wirtschaft einer Umstellung unterziehen, um Deutschlands Wiedergutmachungsleistungen ungekräft annehmen zu können. Millet glaubt, daß eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung auf der Grundlage des Austausches von Rohle und Eisen bevor-

steht. Als Ziel der Verständigung bezeichnet er eine Verständigung über die Ausfuhr nach gewissen ausländischen Märkten, zum Beispiel Rußland.

Die Europe nouvelle erklärt, man müsse darauf gefaßt sein, daß diese neue Politik von verschiedenen Seiten bekämpft werden wird. Frankreich kann sich ihr aber zuwenden, ohne auf seine Rechte aus dem Versailler Vertrag zu verzichten. Man dürfe in Frankreich auch nicht übersehen, daß der Friede nur gewahrt bleiben kann, wenn man Deutschland nicht das Gefühl gibt, es sei zum Tode verurteilt. Die Rücksicht auf Amerika und England brauche Frankreich nicht zurückzuführen, denn diese beiden Mächte wünschten die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung, weil sie den Mangel an Rohstoffen gegenwärtig viel mehr fürchten, als die eventuelle Konkurrenz. Im neuesten Heft des Propres Civique bepricht der frühere Ministerpräsident Cailleur eingehend die Schwierigkeiten des Wiedergutmachungsproblems. Er weist nach, daß die Vorschläge der Beschlagnahme von deutschen Staatsseignahmen nur zur Aufhebung von deutschem Papiergeld führen könnte und daß Deutschland seine Schuld, von geringen Zahlungen abgesehen, tatsächlich nur durch Arbeitsleistungen abstoßen könne, falls man nicht eine für die übrige Welt gefährliche Uebersteigerung der deutschen Ausfuhr erstrebe. Cailleur erklärt in diesem Zusammenhang, daß die Frage der Beschäftigung deutscher Arbeiter im französischen Wiederaufbaubereich seines Erachtens nicht unlosbar sei. Auch die Wochenschrift Opinion, das Organ des Unterstaatssekretärs Colrat, vertritt bei Kommentierung der Zusammenkunft von Wiesbaden die Ansicht, daß Frankreich deutsche Arbeiter zulassen muß, falls der Wiederaufbau dadurch beschleunigt wird. Diese Stellungnahme ist deshalb besonders beachtenswert, weil die Opinion sich früher gegen die Zulassung deutscher Arbeiter ausgesprochen hat. Die Zeitschrift betont weiter, daß eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung in jeder Hinsicht vorteilhaft erscheine.

Verzweifelte Stimmung in Oberschlesien.

Die Begünstigung der Polen durch die Entente. Die Stimmung im Industriegebiet ist fast verzweifelt. Die Unklarung der internationalen Kommission an die Eisenbahndirektion Katowitz, daß der Eisenbahnverkehr im Industriegebiet bis Bleibitz in den Händen der Insurgenten bleibe, wirkt außerordentlich beprimelnd. Die offensündige Ansicht, auch den Postverkehr in polnische Hände zu spielen, wird offenbar durch den Befehl des Generals de Conte Denis an den Deutschen Telegraphendirektor, den Post- und Telegraphenverkehr wieder in die Wege zu leiten, aber lediglich durch Beamte mit polnischen Ausweisen. Die Post würde sodann durch Ententesage besichert. Der Deutsche Telegraphendirektor Graetich und der Postdirektor Strecke lehnten solches Ansinnen mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ab. Direktor Graetich betonte dabei in mannhafter Weise, daß die Reichspost deutsch sei und die Anerkennung von Polen als Postbesitzer ein Bruch des Friedensvertrags sei. Er gestatte nicht, daß eine deutsche Post von insurgentischen Postbeamten abhängig gemacht werde und würde eventuell sofort sein Amt niederlegen. In Hohenlinde bei Weuthen wurde der dortige polnische Kreiskommandant Sobowski erzworben, offenbar von seinen eigenen Leuten, infolge seiner Loyalität gegen die deutsche Bevölkerung.

Hilfsrufe der Bevölkerung. Ähnlich wird mitgeteilt: Kampfhandlungen fanden am Sonnabend nicht statt. In dem von den Insurgenten besetzten Gebiet nimmt die Wandalenbildung einen immer stärkeren Umfang an. Aus allen Kreisen kommen zahlreiche Hilfsrufe der Bevölkerung. Guttentag, das nunmehr von englischen und französischen Truppen besetzt ist, ist von den Polen ausgeplündert worden. Fast sämtliche Geschäfte auf dem Marktplatz sind ausgeraubt.

Dem deutschen Roten Kreuz gehen unausgesetzt Berichte zu über die zahllosen Opfer, die die Insurgentenkämpfe in Oberschlesien verursachen. Leider geht aus den Nachrichten hervor, daß infolge Mangels an Ärzten den Verwundeten nicht die nötige Hilfe geleistet werden kann. Das deutsche Rote Kreuz wendet sich daher an die deutschen Ärzte mit der Aufforderung zur Beteiligung an dem Rettungswerk.

Neue Lärmereien im Reichstage.

Fortsetzung der Gareis-Interpellation. Im Reichstage wurde am Sonnabend die Gareis-Interpellation fortgesetzt. Abg. Gruber (Soz.) sagte, Bayern sei an sich zu einem Zustande gekommen, an dem nur Helfertich und seine Freunde eine Freude haben, der aber für das Reich eine schwere Gefahr bedeute. Die Abhängigkeit eines großen Teiles der bayerischen Presse von einem kapitalistischen Konzern werde forrumplierend. Die Besse dieser Presse gegen das Reich

werde bezahlt mit Millionen, deren Quelle die Freunde des Herrn Stämes lernen. Die deutsch-nationale Kampfbewegung in Bayern muß besichtigt werden; der Wiederaufbau des Ausnahmestandes muß schnell erledigt werden. Die bayerische Entwaffnungsfrage beurteilt der Reichstagsler zu optimistisch. Der kappistische Volkspräsident Böhner sei am wenigstens geeignet, den Mörder Gareis zu entdecken. Von Bayern hängt jetzt zum größten Teil das Schicksal Deutschlands ab. Darum liege die Besetzung der Bayer. Regierung im Interesse des Reiches. Abg. Schwarzer (Bayer. W.): Das Kesseltreiben der Dinten gegen Bayern dient offenbar nur dem Zweck, den bayerischen Fremdenverkehr zu schädigen. (Wächter und Unruhe links. — Abg. Lebedour ruft dem Redner zu, er sei ein erbärmlicher Kerl. Abg. Lebedour wird darauf vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.) Die von Bayern zurückkehrenden Sommerfrischler wissen, wie falsch die Behauptungen von Verwilderung der Sitten in Bayern sind. (Abg. Kühnt (Rom.) ruft: Sie sind der lebende Beweis dafür! Der Jurist wird zur Ordnung gerufen.) Wir müssen uns dagegen bewahren, daß aus Unlach einer noch ganz ungelärten Mordtat ein Kesseltreiben gegen Bayern veranlaßt wird. (Wiederholte Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Wenn die Herren von der Linken so genau über den Mörder Bescheid wissen, dann können sie sich doch leicht die 30 000 Mark Belohnung verdienen. (Rufe bei den Kommunisten: Sie lassen den Mörder ja doch laufen!) Wie konnte es zu dem sinnlosen Generalfreist kommen? Der sozialistische Bergarbeiterführer Hue hat feinerzeit gesagt: Generalfreist ist Generalunfint! (Abg. Dr. Hofes (Unabh.): Ihre Rede ist Generalunfint! — Abg. Kühnt (Rom.): Sie verteidigen jeden Verbrecher! — Abg. Dr. Geher (Rom.): Ihre Rede ist eine Schamlosigkeit ohnegleichen. — Die Abgg. Dr. Geher und Kühnt werden zur Ordnung gerufen.) Die meisten Arbeiter haben sich an dem Generalfreist parnisch beteiligt. Wenn die Kommunisten sich über den Mörder enträufen, so ist das elende Heuweiß. Der Ausnahmestand kann nicht aufgehoben werden, so lange die Kemmele und Thomas verleumderische Reden halten. Abg. Kemmele (Rom.): Sie sind ein ewiger Verleumder! Trotz eines Ordnungsrufes des Präsidenten löste wiederholt er den Jurist, wird nochmals zur Ordnung gerufen, und bei der dritten Wiederholung vom Präsidenten zweimal zum Verlassen des Saales aufgefordert. Als er sich dieser Aufforderung nicht fügt, vertagt um 1/4 Uhr Präsident Löbe die Sitzung bis auf weiteres.

Am 5 Uhr eröffnet Präsident Löbe von neuem die Sitzung und stellt fest, daß das ausgeschlossene Mitglied Kemmele nicht anwesend ist. Abg. Schwarzer legt seine Rede fort und führt aus: Das Ausnahmengesetz hat bisher nur gegen Kommunisten angewandt werden müssen, weil sie in ihren Reden gegen das Gesetz verstoßen haben. Abgesehen davon, daß man in Bayern keine kommunistischen Zeitungen mehr dulde und gegen Fische von rechts und links mit gleicher Energie vorgeht, geht es in Bayern sehr ruhig und ordentlich zu. Die Einwohnertwehren entsprechen der Verfassung. Wir begrüßen es, daß der Reichstagsler den Weg der Verständigung mit den Ländern suchen will. Präsident Löbe schlägt um 1/8 Uhr vor, die Sitzung abzubrechen. Abg. Adolf Hoffmann (Rom.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Büro schließt sich diesem Zweifel an. Die Sitzung wird also nach 1/8 Uhr abgebrochen. Nächste Sitzung: Montag nachmittag 3 Uhr: Fortsetzung der Interpellationsdebatte.

Blutiger Zwischenfall in Tilsit.

Demonstration gegen die Ermordung des Abgeordneten Gareis. Kampf mit der Schutzpolizei. — Generalfreist in Tilsit? Bei einer Demonstration gegen die Ermordung des Abgeordneten Gareis ist es am Freitag abend in Tilsit zu schweren Unruhen gekommen. Nach einer Versammlung der drei sozialistischen Parteien auf dem Anger versuchte ein Demonstrationzug in die Hauptstraße der Stadt einzudringen. Die Schutzpolizei stellte sich dem Zuge entgegen. Ein Postbeamter wurde angefallen. Darauf gab ein anderer Feuer, wodurch zwei Leute verwundet wurden. Einer erhielt einen Bauchschuß, der andere wurde am Bein verletzt. Nun marschierten die Demonstranten zu der Wache der Schutzpolizei und wollten gewaltsam die Treppe hinauffürmen. Die Polizei stellte sich ihnen entgegen. Die Leute hörten jedoch nicht auf Warnungen, sondern wurden handgreiflich. Darauf fielen von der Schutzpolizei zwei Handgranaten. Mehrere Leute wurden verwundet. Gegen 7 Uhr kam Oberbürgermeister Pohl in einem Wagen mit dem Bürgermeister und dem Stadtverordnetenvorsteher nach dem Gerichtsgebäude. Als ihn die Menge erkannte, wandte sie sich sofort gegen ihn. Die Pferde wurden angehalten und die Insassen des Wagens mit Schimpfhornen besetzt. Dem Oberbürgermeister wurde die Schuld an dem blutigen Vorgängen zur Last gelegt. Schließlich begab sich eine Abordnung in das Gebäude zur Schutzpolizewache, um den dortigen Offizier, der den Befehl zum Feuer gegeben habe, zu befragen, auf wessen Veranlassung er gehandelt habe. Es begab sich in das Gebäude der Oberbürgermeister, der Bürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher sowie der Führer der Unabhängig-

inter
merstr 15
tag:
elt 1
eller im
ern
esl
all
kannten
rsteller:
rtmann,
sse
Aktien.
rungen.
6 Uhr.
llien-
schene.
de
er Straße.
er Bibel
kommen!
elforscher.
n 19. Juni
er.
Juni
eke.
cher
Bad
als
en
Uhr
au
ung
u. Kindern.
00. 1.
0-4 Uhr
rg.
herei
omische.
schmitteln
geschloss.
gedruckt.
rui 381.